

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Nr. / Sitzung	StA	VA	PA	56. RR
Datum				26.06.2014
N I E D E R S C H R I F T Düsseldorf, den 04. August 2014				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf

Beginn der Sitzung: 10.10 Uhr

Ende der Sitzung: 11.05 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung:

- 1. Formalien**
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die 55. Sitzung des Regionalrates
am 03.04.2014**
- 3. Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf**
- 4. 85. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99)
im Gebiet der Stadt Düsseldorf (Umwandlung GIB in ASB-Theodorstraße)**
hier: Aufstellungsbeschluss
- 5. 86. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99)
im Gebiet der Stadt Haan (Umwandlung GIB in ASB-Düsseldorfer Straße)**
hier: Aufstellungsbeschluss
- 6. Regionalplan Düsseldorf**
hier: Erarbeitungsbeschluss
- 7. Strukturvision Schiefergas der niederländischen Regierung**
hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 04.05.2014

TOP 1: Formalien

Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er weist auf die Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt 7 „Strukturvision Schiefergas der niederländischen Regierung“ hin.

Der Regionalrat stimmt der Tagesordnung einschließlich der Ergänzung zu.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 55. Sitzung des Regionalrates am 03.04.2014

Der Regionalrat genehmigt die Niederschriften einstimmig.

TOP 3: Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Frau Regierungspräsidentin Anne Lütkes unterrichtet sie den Regionalrat über aktuelle Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Das Redemanuskript ist der Niederschrift als Anlage 1, die angesprochene Übersichtskarte zu den Suchräumen der Konverterstandorte ist als Anlage 2 beigelegt.

Sie finden die Videoaufzeichnung des Vortrags auch im Internet der Bezirksregierung im Sitzungsarchiv der 56. Regionalratssitzung unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt:

http://video.brd.nrw.de/BRD/archive_high/region2014/56RR_alles.mp4

Herr Papen (CDU) bedankt sich auch im Namen der Fraktion bei Herrn Goetzens für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Geschäftsstelle. Frau Saringen (SPD) schließt sich für die SPD-Fraktion dem Dank an und wünscht alles Gute für die neue Aufgabe.

Herr Petrauschke (CDU) stellt fest, dass alle Mitglieder des Regionalrates sich dem Dank anschließen.

Der Regionalrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4: 85. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Düsseldorf (Umwandlung GIB in ASB-Theodorstraße)

hier: Aufstellungsbeschluss

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage 3 / 56 PA bzw. 4 / 56 RR vom 08.05.2014

Herr Dr. Fils (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 26.06.2014 zur Sitzungsvorlage RR 4 / 56 vom 08.05.2014 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Landesplanungsgesetz die Aufstellung der 85. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Düsseldorf in der mit dieser Vorlage dargestellten Fassung.
2. Die nicht ausgeräumten Anregungen und Bedenken werden zurückgewiesen.
3. Der Regionalrat beauftragt die Verwaltung, die 85. Änderung des Regionalplans gemäß § 19 Abs. 6 LPlG der Landesplanungsbehörde anzuzeigen.

TOP 5: 86. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Haan (Umwandlung GIB in ASB-Düsseldorfer Straße)

hier: Aufstellungsbeschluss

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage 4 / 56 PA bzw. 5 / 56 RR vom 08.05.2014

Herr Thiel (SPD) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 26.06.2014 zur Sitzungsvorlage RR 5 / 56 vom 08.05.2014 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Landesplanungsgesetz die Aufstellung der 86. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Haan in der mit dieser Vorlage dargestellten Fassung.
2. Die gegen die Planung vorgebrachten Bedenken werden zurückgewiesen.
3. Der Regionalrat beauftragt die Verwaltung, die 86. Änderung des Regionalplans gemäß § 19 Abs. 6 LPIG der Landesplanungsbehörde anzuzeigen.

TOP 6: Regionalplan Düsseldorf
hier: Erarbeitungsbeschluss

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage 5/ 56 PA bzw. 6 / 56 RR vom 07.05.2014.

Herr Papen (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Frau Saringen (SPD) dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und fragt, wie mit Anregungen umgegangen wird, die nicht von Städten, sondern aus den Fraktionen eingebracht werden. Das sei besonders vor dem Hintergrund wichtig, dass es nicht zu Verzögerungen im Verfahren kommt.

Herr Krause (Bündnis90/ Die Grünen) erklärt, seine Fraktion erachte das Vorliegen des Umweltberichtes für eine Beschlussfassung als wichtig. Zudem wünsche die Fraktion sich eine gute auch kartenmäßige Vergleichbarkeit der Unterschiede zwischen altem und neuem Regionalplan, um belastbare Einschätzungen vornehmen zu können. Aus diesen Gründen stimme die Fraktion heute nicht zu; es sei sachgerechter, den Beschluss erst im September zu fassen, besonders da es dadurch nicht zu Verzögerungen im Verfahren kommen würde.

Herr Olbrich (Verwaltung) sagt einen Vergleich der Pläne auch durch Kartenmaterial zu. Das eigentliche Beteiligungsverfahren werde beginnen, wenn der Erarbeitungsbeschluss Teil 2 im September gefasst worden ist. Im Beteiligungsverfahren können sich alle Beteiligten formal

äußern. Durch das frühzeitige Veröffentlichen des Arbeitsentwurfs solle aber die Möglichkeit gegeben werden, sich bereits jetzt mit dem Planwerk auseinanderzusetzen. Da das offizielle Beteiligungsverfahren erst im Herbst startet, entsteht für die Beteiligten ein großer Zeitraum sich intensiv mit dem Material auseinanderzusetzen.

Herr Laakmann (FDP) betont, dass die Vertreter der FDP und der Freien Wähler gemeinsam dem heute vorgelegten Beschluss beitreten möchten. Er habe immer dafür geworben worden, dass der aktuelle Regionalrat möglichst abschließend entscheiden solle. Es sei ein vordringliches Ziel gewesen, den Entwurf möglichst frühzeitig ins Internet zustellen, damit die Kommunen Stellung nehmen können, damit es keine zeitliche Verzögerung gebe.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 24.06.2014 zur Sitzungsvorlage RR 6 / 56 vom 07.05.2014 mehrheitlich, bei fünf Gegenstimmen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke folgenden Beschluss gefasst:

Der Regionalrat beschließt gemäß § 9 Landesplanungsgesetz des Landes NRW (LPLG NRW) die Erarbeitung der Fortschreibung des Regionalplans für das Planungsgebiet des Regionalrates Düsseldorf gemäß § 6 LPLG NRW.

Der Regionalrat fordert die Verwaltung auf, auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs den Umweltbericht schnellstmöglich zu erstellen und auszuwerten. Die entsprechenden Erkenntnisse sollen in eine aktualisierte Fassung des Planentwurfs einfließen, damit der Regionalrat auf der Grundlage des aktualisierten Planentwurfs und des Umweltberichtes die Einleitung des Beteiligungsverfahrens beschließen kann.

TOP 7: Strukturvision Schiefergas der niederländischen Regierung

hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 04.05.2014

Gegenstand der Beratung war die Tischvorlage 7/ 56 RR vom 16.06.2014.

Herr Müller (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Frau Sickelmann (Bündnis90/Die Grünen) merkt an, dass im Planungsausschuss beschlossen worden sei, auf Basis der vorliegenden Texte eine eigene Formulierung zu finden.

Nur bei Einbeziehung der Seite 1 und 2 der Landtagsdrucksache 16/6023 vom 2.6.2014 mache eine kritische Stellungnahme des Regionalrates Sinn. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, wird eine Sitzungsunterbrechung beantragt.

Frau Saringen (SPD) stellt fest, dass sowohl im Planungsausschuss als auch im Ältestenrat einstimmig entschieden worden sei, dass der Regionalrat sich an den Text des Landtages als politische Stellungnahme anschließen möge und eine zweite Stellungnahme durch die Verwaltung erfolgen solle.

Herr Laakmann (FDP) legt dar, dass eine Orientierung an dem Eilantrag des Landtages befürwortet wird.

Herr Krause (Bündnis90/Die Grünen) vertritt die Meinung, der Regionalrat solle keine Dublette der Landtagsvorlage, sondern eine eigenständige Stellungnahme der niederländischen Regierung zuleiten. Die Landtagsvorlage stelle eine gute Grundlage für eine Stellungnahme im Beteiligungsverfahren dar, wenn entsprechende Modifizierungen zur Anpassung auf den Regionalrat vorgenommen werden.

Herr Jessner (SPD) sagt, die Stellungnahme des Landtages sollte nach den bisherigen Überlegungen mit den entsprechenden Modifizierungen die Grundlage bilden und so an die niederländische Regierung weitergeleitet werden.

Herr Petrauschke (CDU) fasst die bisherigen Wortbeiträge wie folgt zusammen: es gibt eine grundsätzliche Verständigung darüber, dass die Resolution des Landtages unterstützt werden soll.

Herr Papen (CDU) schlägt vor, dass die Bezirksregierung der niederländischen Regierung mitteilt: Der Regionalrat unterstützt intensiv die Feststellung des Landtages NRW der Landtagsdrucksache 16/6023 und schließt sich dieser Feststellung an.

Frau Sickelmann (Bündnis90/Die Grünen) fordert in einer eigenständigen Stellungnahme des Regionalrates als politisches Gremium auch besonders den Besorgnisgrundsatz für die Trinkwasservorräte darzustellen.

Frau Arndt (Bündnis90/Die Grünen) schließt sich Frau Sickelmann (Bündnis90/Die Grünen) an und betont ebenfalls, dass es nicht ausreichend ist, wenn der Regionalrat die Stellungnahme ohne Veränderungen anschließt.

Herr Petrauschke (CDU) stellt als Sitzungsleiter fest, dass noch kein textlicher Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen über den abgestimmt werden könnte vorliegt. Momentan lautet der Beschlussvorschlag: Der Regionalrat unterstützt vollinhaltlich den Eilantrag des Landtages Drucksache 16/6023.

Frau Saringen (SPD) möchte einen einstimmigen Beschluss erreichen.

Herr Krause (Bündnis90/Die Grünen) beantragt eine Sitzungsunterbrechung, damit die Fraktionsvorsitzenden sich auf eine einheitliche Formulierung verständigen.

Herr Petrauschke (CDU) lässt über die beantragte Sitzungsunterbrechung abstimmen.

Mehrheitlich beschließt der Regionalrat eine Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung von 10.55 Uhr bis 11.03

Herr Petrauschke (CDU) nimmt die Sitzung wieder auf und stellt den zur Abstimmung stehenden Vorschlag vor und lässt dann mit folgendem Ergebnis abstimmen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 26.07.2014 einstimmig den folgenden Text als Stellungnahme beschlossen und bittet den Regionalratsvorsitzenden, diese an die niederländische Regierung zu übermitteln:

1. Der Regionalrat stellt fest:

Die niederländische Regierung erwägt zurzeit die Aufsuchung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas u.a. an der Grenze zu Deutschland zu genehmigen. Hierzu führt sie aktuell eine strategische Umweltprüfung zu Fracking-Vorhaben durch, an der sich auf Grund einer möglichen Betroffenheit auch Bürgerinnen und Bürger, Kommunen sowie das

Land Nordrhein-Westfalen beteiligen können. Diese strategische Umweltprüfung wird u.a. Grundlage für die Entscheidung der niederländischen Regierung sein, ob und in welchen Gebieten Fracking in den Niederlanden möglich sein wird.

Grundwasser macht jedoch vor Landesgrenzen nicht halt. Da die Grundwasserleiter auf niederländischer Seite mit jenen auf deutscher Seite verbunden sind, kann nicht ausgeschlossen werden, dass dies - insbesondere auf Grund der Grenznähe der möglichen Gebiete - Auswirkungen auf das Grund- und Trinkwasser in Nordrhein-Westfalen hätte, sollte es zu einer Verunreinigung des Grundwassers durch eines der Vorhaben kommen. Deshalb halten wir die Aufsuchung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas mit giftigen Chemikalien auch an der Grenze zu Deutschland für nicht verantwortbar.

Wasser ist unser Lebensmittel Nummer 1. Deshalb dürfen Trink- und Grundwasser nicht gefährdet werden. Es muss gesichert sein, dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit des Grund- und Trinkwassers in Nordrhein-Westfalen durch die Vorhaben in den Niederlanden nicht zu besorgen ist.

2. Der Regionalrat ist der Meinung,

dass der Besorgnisgrundsatz auch für Vorhaben in den Niederlanden gilt und somit das Grund- und Trinkwasser in Nordrhein-Westfalen geschützt wird und dass er die Aufsuchung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas mit dem Einsatz der Fracking-Technologie für nicht verantwortbar hält und keine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit des Grund- und Trinkwassers in Nordrhein-Westfalen durch Fracking-Vorhaben in den Niederlanden erfolgen darf.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 11.05 Uhr.

gez. Petrauschke
(Vorsitzender des
Regionalrates)

gez. Reese
(Stellv. Vorsitzender
des Regionalrates)

gez. Gunkel
(Schriftführerin)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -
Regionalratssitzung am 26.06.2014

Stimmberechtigte Mitglieder und Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	✓
Dr. Fils, Alexander	✓
Humpert, Karl Heinz	✓
Läckes, Manfred	✓
Meies, Fritz	✓
Moritz, Arne	✓
Müller, Michael	✓
Papen, Hans-Hugo	✓
Petrauschke, Hans-Jürgen	✓
Reiners, Hans Wilhelm.	✓
Schmickler, Günter	✓
Schroeren, Michael	✓
Selders, Hannes	✓
Steinmetz, Jürgen	✓
Tups, Rolf	
Vielhaus, Ewald	✓
Weigel, Andreas	✓
Welter, Thomas	✓

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	✓
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	
Hengst, Jürgen	✓
Hildemann, Michael	✓
Jessner, Udo	✓
Münchow, Volker	✓
Reese, Klaus Jürgen	✓
Sartingen, Gunhild	✓
Thiel, Rainer	✓
Wurm, Günter	✓

FDP

Name	anwesend
Hausmann, Wolf D.	✓
Laakmann, Otto	✓
Müller, Ulrich G.	✓
Schiffer, Hans Lothar	✓
Suika, Jörn	✓

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	✓
Brücher, Bettina	✓
Czerwinski, Norbert	✓
Krause, Manfred	✓
Sickelmann, Ute	✓
Tietz, Uwe	✓

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	✓

FW NRW

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	✓

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Paßmann, Bernd	Landschaftsverband Rheinland	
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Reuter, Klaus	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Düsseldorf	OB/Vertr. H. Bleck	√
Krefeld	OB/Vertr. Dr. Böttges	√
Mönchengladbach	OB/Vertr. Figener	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr. Wenzel	√
Wuppertal	OB/Vertr. U. Geßner	√
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr. H. Steinmetz, H. Temburg	√
Viersen	Landrat/Vertr. H. Budde	√

Teilnehmer der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Lütkes	
Herr Abteilungsleiter Happe	Abteilung 2
Herr Abteilungsleiter Olbrich	Abteilung 3
Frau Abteilungsleiterin Dr. Nienhaus	Abteilung 5
Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Herr Regierungsdirektor Goetzens	Dezernat 32
Herr Regierungsbaudirektor van Gemmeren	Dezernat 32
Herr Regierungsbaudirektor von Seht	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Gunkel	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32

Rede von Frau Regierungspräsidentin Anne Lütkes anlässlich der Regionalratssitzung am 26. Juni 2014

Sehr geehrte Damen und Herren des Regionalrats Düsseldorf,
ich begrüße Sie recht herzlich zur 2. Sitzung des Regionalrates im Jahr 2014.

Kommunalwahl

Vor ziemlich genau einem Monat wurden die kommunalen Parlamente in NRW neu gewählt. Die Wahlen haben nicht nur in Ihren Reihen einige Änderungen gebracht. Ich möchte jetzt an dieser Stelle nicht auf einzelne Ergebnisse eingehen oder diese gar kommentieren.

Dennoch gibt es wenige Punkte, die ich kurz ansprechen möchte.

Nach der Aufhebung und 5%-Hürde 1999 und der Aufhebung einer Mindestklausel 2008 - jeweils durch das Landesverfassungsgericht - konnte man feststellen, dass die Anzahl der in den Räten vertretenen Parteien oder Wählergruppen stetig wächst. In den Räten in Köln, Wuppertal und Düsseldorf sind künftig zehn Parteien oder Wählergruppen vertreten.

Leverkusen, Mönchengladbach und Essen kommen auf elf. Und in Bochum und Duisburg haben 13 Parteien den Sprung ins Parlament geschafft.

Das stellt die Parteien bei der Mehrheitsfindung in den Räten vor neue Aufgaben. Doch es gehört zum Wesen der Demokratie, dass es auch Pluralität gibt.

Bedenklich ist, dass die Wahlbeteiligung sich bei der Kommunalwahl insgesamt weiter verschlechtert hat. Während 2009 noch 51,9 % ihre Stimme abgegeben haben, waren es 2014 nur noch 50 % in NRW.

Dabei liegen Weeze mit 40,02 % und Duisburg mit 40 % auf dem dritt- bzw. vorletzten Platz, Nordrhein-Westfalen-weit.

Bei den Stichwahlen am 15.07.2014 lag die Wahlbeteiligung teilweise bei weniger als 30 %.

RVR-Gesetz

Der Entwurf des neuen RVR-Gesetzes sorgt auch weiterhin im ganzen Land für große Aufmerksamkeit. Aus vielen Reihen ist Kritik laut geworden. Gleichwohl ist geplant, den Entwurf im September im Kabinett zu beraten und dann auf den Weg zu

bringen. Das Ministerium für Inneres und Kommunales ist zuvor beauftragt worden, die vielzähligen Stellungnahmen einer intensiven Prüfung zu unterziehen.

In welcher Form der Gesetzesentwurf zuletzt dann beraten wird, bleibt abzuwarten. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die Direktwahl, als einer der massivsten Kritikpunkte am Gesetzentwurf, enthalten bleiben.

Stand Planfeststellungsverfahren Neubau 380-kV-Leitungen

Am 20. Mai 2014 fand in der "Eventlocation Wetthalle" in Neuss der Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath-Gohrpunkt (Bl. 4206) und den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt-Rommerskirchen (Bl. 4207) statt.

Vorhabenträgerin ist die Firma Amprion. Vorgesehen ist die Errichtung von 82 neuen Masten für die rund 30,5 km lange Leitungsverbindung sowie die Demontage von insgesamt 107 Masten der bestehenden Hochspannungsfreileitungen.

Es waren 12 Träger öffentlicher Belange, 26 private Einwender und 2 Betroffene anwesend. Die privaten Einwender waren hauptsächlich Landwirte und Anwohner der geplanten Leitung, die größtenteils in der gleichen Trasse wie eine bereits bestehende 380/220/110-kV-Leitung verlaufen soll.

Hauptdiskussionspunkte waren der Abstand zur Wohnbebauung und mögliche Planungsvarianten wie eine Verlegung als Erdkabel und eine Trassenverschwenkung im Bereich Kaarst. Weitere Diskussionspunkte waren elektromagnetische Felder, Schallimmissionen und der grundsätzliche Bedarf dieser Höchstspannungsleitung.

Die Darlegungen der Vorhabenträgerin Amprion konnten die anwesenden Einwender nicht überzeugen. Die privaten Einwendungen wurden aufrechterhalten.

Insgesamt konnte der Termin sachlich und in fairer Atmosphäre durchgeführt und überraschenderweise bereits nach einem Tag beendet werden.

Im Nachgang zu diesem Erörterungstermin sind von der Vorhabenträgerin noch verschiedene Prüfungen und Abstimmungen durchzuführen sowie eventuell Änderungen/Ergänzungen des Antrags als Deckblatt vorzulegen. Danach kann der Antrag abschließend geprüft und der Planfeststellungsbeschluss erarbeitet werden.

Konverter

An dieser Stelle möchte ich auch auf die Standortsuche für den Konverter eingehen, der bislang für den Standort Osterath geplant war. Das Genehmigungsverfahren für den Stromkonverter wird vom Vorhabenträger Amprion entweder bei der Bundesnetzagentur in Verbindung mit der erforderlichen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung oder als Bundesimmissionsschutzverfahren (BlmSch-Verfahren) bei dem zuständigen Kreis beantragt.

Zur Frage des Standortes des Stromkonverters, der Gleichstrom in Wechselstrom umwandelt, hat der Vorhabenträger Amprion am 17. Juni 2014 im Dorint Kongresshotel Düsseldorf/Neuss eine Informationsveranstaltung zur Standortsuche für einen Konverter veranstaltet.

Amprion hat darüber informiert, dass die Suche auf Basis eines Kriterienkatalogs mehrere potentielle Standorte ergeben hat, wobei die Rangfolge noch offen ist.

Die Vor- und Nachteile von mindestens sechs Bereichen sollen in den nächsten Monaten mit den betroffenen Kommunen und der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Ende des Jahres 2014 wird Amprion einen Vorzugsstandort benennen. Im Nachgang kann dann das offizielle Verfahren eingeleitet werden.

Wechsel in der Geschäftsstelle des Regionalrates

Zuletzt möchte ich Sie nun auch noch über eine anstehende Veränderung seitens der Verwaltung informieren. Herr Goetzens wird nach nunmehr 13 Jahren als Leiter der Geschäftsstelle des Regionalrates eine neue Aufgabe in der Bezirksregierung wahrnehmen. Künftig wird er sich als Hauptdezernent um die Luftaufsicht kümmern. Ich möchte Ihnen, Herrn Goetzens, an dieser Stelle meinen herzlichen Dank für Ihr Engagement und die ständige Unterstützung des Regionalrates aussprechen! Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihr weiteres Wirken.

Herrn Goetzens wird Herr Kießling in die Geschäftsstelle folgen. Nach seiner Elternzeit wird er zum 01.08.2014 seine neue Aufgabe wahrnehmen. Ich hoffe, Sie heißen Herrn Kießling willkommen und werden weiterhin vertrauensvoll mit der Geschäftsstelle zusammenarbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Abbildung 3–Geeignete Standortbereiche 1-19

